

# Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für Pressburg: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In Pressburg abonniert man bei der Administration: Apponyigasse Nr. 10. — Auswärtige Abonnenten abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. Inserate werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Petitzeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unversiegelte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — Redaction: Bierenmergasse Nr. 177.

Nr. 294.

Freitag 24. Dezember 1875.

IV. Jahrgang.

## Pränumerations-Einladung.

Wir beehren uns, den Abonnements-Preis des „Recht“, wie folgt, bekannt zu geben. Unser Blatt kostet:

Für Pressburg.		Für Ungarn-Oesterreich.*)		Für das Ausland*) (Frankreich ausgenommen).		Für Frankreich und alle überseeischen Länder.	
		Mit Postzusendung.		Mit Postzusendung.		Mit Postzusendung.	
Per Monat	fl. 67 kr.	Per Monat	fl. 92 kr.	Vierteljährig	3 fl. 50 kr.	Vierteljährig	6 fl. 50 kr.
„ Vierteljahr	2 „ —	Vierteljährig	2 „ 75 „	Halbjährig	7 „ —	Halbjährig	13 „ —
„ Halbjahr	4 „ —	Halbjährig	5 „ 50 „	Ganzjährig	14 „ —	Ganzjährig	26 „ —
Ganzjährig	8 „ —	Ganzjährig	11 „ —				
Für die Zustellung in's Haus monatlich 18 kr.							

\*) In Oesterreich ist der Zeitungsstempel nicht aufgehoben, daher wird von den jenseitigen Finanzbehörden für das Blatt 1 kr. Stempelzölle eingefordert. \*) Das Abonnement, direct bei den betreffenden Postämtern bestellt, vermindert den Portobetrag und setzt dadurch die Kosten des Blattes merklich herab.

Zur möglichst baldigen Bestimmung der Auflage und zum Drucke der Schleißen bitten wir um schnelle Einlieferung der Pränumerations-Einladung, welche am billigsten durch Postanweisung geschieht. Jene p. t. Abonnenten, welche noch im Rückstande sind, wollen ihre Schuld gütigst mit der Abonnements-Erneuerung einleiten.

Wir können diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne an unsere p. t. auswärtigen Abonnenten die Versicherung zu richten, daß das Blatt täglich in promptester Weise expedirt wird. Bleibt ja einmal eine Nummer aus, so liegt die Schuld in der Regel beim nächsten Postamte, wohin sich zu wenden freundlichst bittet

die Administration.

### Rede des Oberhausmitgliedes Grafen Albert Apponyi

in der Sitzung vom 20. Dezember.

Indem ich zu dem vorliegenden Gesetzentwurf von großer Wichtigkeit zu sprechen mich anschicke, fühle ich mich dazu bewogen, theils durch den Umstand, daß ich Mitglied der Dreiercommission des Oberhauses war, in welcher Commission, obwohl wir ein Minoritätsvotum abzugeben nicht für gut fanden, dennoch mehrere waren, die den Standpunkt nicht angenommen haben, der in dem Berichte der Commission entwickelt erscheint. Da ich eine entgegengesetzte Stellung zu jenen angesehenen und weisen Männern einnehme, aus welchen sich die Majorität der Dreiercommission bildete, so fühle ich mich verpflichtet, diese Stellung zu rechtfertigen und zu motiviren. Hier sei es mir gestattet, auf den Vortrag des Herrn Obergespanns vom Baranyaer Comitatus zu bemerken, daß dies das einzige subjective Motiv ist, welches mich leitet, indem ich das Wort ergreife, und welches mich bestimmt, da ich zwischen der stillschweigenden und motivirten Abstimmung zu wählen habe, daß ich mich für die letztere entscheide. Darum muß ich auch die Aeußerung Sr. H., daß die Opposition sowohl auf diesem, als einem andern Gebiete ihrer politischen Wirksamkeit nicht durch objektive, sondern subjective Motive geleitet werde, für eine bloße Voraussetzung erklären, welche ich meinerseits nicht für correct anzunehmen vermag. (Zustimmung.)

Nach diesem sei es mir gestattet, ohne weitere Abschweifung die Situation darzulegen und des hohen Oberhauses Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen.

Der vorliegende Voranschlag und die finanzielle Lage sind miteinander in Verhandlung zu nehmen, und das Urtheil über das Eine mit der Betrachtung über das Andere zu begründen. — Ich bin daher gezwungen, in meinem Vortrage auf gewisse notorische Thatsachen und auf solche Aeußerungen zu reflektiren, welche nicht in diesem Hause vorgebracht wurden. Ich weiß es, daß

es nicht mit dem parlamentarischen Gebrauche übereinstimmt, wenn man sich auf das in dem Saale des andern Factors der Legislative Gesagte beruft. Indem ich aber wahrzunehmen gezwungen bin, daß wir beim Beginne der allgemeinen Debatte keiner Aufklärung von Seite des Herrn Finanzministers theilhaft wurden, anderseits aber die Aeußerungen des Ministeriums, wo immer dieselben gethan worden wären, so fern sie zur Beleuchtung der Landespolitik dienen, den Charakter von Thatsachen allgemeinen Interesses an sich tragen, so fühle ich mich berechtigt, auch jenes als Material zu verwenden, was, wenn es auch nicht in diesem Hause gesagt wurde, doch Allen bekannt ist und allgemeines Interesse erweckt.

Nach meiner Ansicht muß man den Staatsvoranschlag von einem doppelten Gesichtspunkte beurtheilen. Der eine Gesichtspunkt ist der, ob das Budget ein mit der Wirklichkeit vollkommen übereinstimmendes Bild der Finanzlage bietet? Der andere Gesichtspunkt aber ist der, ob das Bild, wie es geboten wird, oder, wenn es die Wirklichkeit nicht vollkommen deckt, den Thatsachen entsprechend richtiggestellt, beruhigend zu wirken vermag? Nachdem aber Niemand behauptet, daß die gegenwärtige Finanzlage an sich eine beruhigende wäre, so fällt dieser zweite Gesichtspunkt mit der Untersuchung dessen zusammen, ob wir in diesem Budget die Initiative zu einer solchen Richtung, zu einer solchen Finanzpolitik aufzufinden vermögen, welche zu der Hoffnung berechtigt, daß wir uns aus den gegenwärtigen drückenden Verhältnissen befreien und in einen gesunden Zustand versetzen werden. Dieser zweifache Gesichtspunkt ist für mich maßgebend, indem ich mich der Aufgabe unterziehe, das gegenwärtige Budget und dessen einzelne Ansätze in großen Zügen zu prüfen.

Das uns vorliegende Budget weist in runder Summe eine Ausgabe von 232,700,000 fl. und eine Einnahme von 224,300,000 fl., somit ein Defizit von 8,400,000 fl. aus. Dieses Defizit aber wird sich in Folge der Zinsen des Anlehens, welches in den nächsten Tagen von

diesem hohen Hause wird in Berathung gezogen werden, wenn dasselbe angenommen wird, mit einer Zinsenlast von beiläufig 3 Millionen Gulden vermehren, somit den Betrag von beiläufig 11 Millionen erreichen.

Betrachten wir diese Ansätze einzeln.

Daß die Ausgaben nach den bisherigen Erfahrungen wirklich ein treues Bild der Kosten des Staates entwerfen, das können wir kaum bezweifeln, und ich beabsichtige auch nicht, in dieser Beziehung Schwierigkeiten zu erheben.

Sofern in denselben die Thätigkeit der Regierung zum Ausdruck gelangt ist, so hat Herr Baron Mik. Bay hinsichtlich der Ziffer in seinem einleitenden Vortrage ganz richtig bemerkt, daß selbe im Vergleiche zu dem Voranschlage des verflossenen Jahres eine Ersparung von beiläufig 8 1/2 Millionen enthalte.

Wenn wir unter Ersparung überhaupt eine Verminderung der verschiedenen Titel verstehen, deren Addirung die Summe der Staatsausgaben ergibt, dann habe ich gegen jene Auffassung nichts einzuwenden. Aber wenn wir die Ersparungen nicht in diesem weiten Sinne nehmen, dann ist allerdings die Kritik dieser 8 1/2 Millionen wohl möglich. Ich will ein Beispiel anführen und berufe mich zu diesem Zwecke auf jenen summarischen Kostenvoranschlag, welchen seinerzeit die Regierung beiden Häusern vorgelegt hatte, und dessen Ansätze kaum von denen des gegenwärtigen Gesetzentwurfes abweichen, und in dem die Haupttitel des vorigen und des heurigen Jahres nebeneinander gestellt erscheinen. Gleich auf der 4. Seite dieser Vorlage in dem Kapitel der Staatsschulden stoßen wir in dem Titel der Grundentlastung und Einlösung auf eine und zwar sehr namhafte Ersparung von jener Beschaffenheit. In den Voranschlag für 1875 waren unter diesem Titel 19,400,000 fl. eingesetzt, gegenwärtig sind nur 16,400,000 fl. eingesetzt, so daß sich eine Verminderung von 3 Millionen zeigt. Aber diese Verminderung, hohes Haus! beruht nur auf einer Modifikation der Rechnungsmethode; die für den Grundentlastungsfond bisher veranschlagten Zinsen sind von der Rechnung aus-

geblieben, in welche sie bisher als durchlaufender Titel aufgenommen waren; auf der 14. Seite der Vorlage nämlich finden wir, daß unter den außerordentlichen Einnahmen des Finanzministeriums im verflossenen Jahre unter diesem Titel 2 Millionen 892,000 fl., also nicht viel weniger als 3 Millionen veranschlagt waren, während in dem gegenwärtigen Budget unter diesem Titel nichts veranschlagt erscheint.

In ähnlicher Weise fänden wir bei den übrigen Ansätzen, bei welchen Ersparungen merkbar sind, eine nachhaltige Einschränkung: so bei der Verwaltung der Domainen, Staatsforste und Bergwerke, welche ich, Dank der freundlichen Aufklärung des Herrn Finanzministers, zum Theile als wirkliche Ersparungen erkenne, die aber zum anderen Theile bloße Betriebsreduktionen sind, die möglicher Weise eine sehr vortheilhafte Einführung sein können, aber nicht wirkliche — wenigstens nicht bleibende — Ersparungen bilden.

Die Ersparung der 8½ Millionen bildet einen Glanzpunkt des vom Ministerium vorgelegten Budget's; wenn wir aber dessen einzelne Titel näher betrachten, so schrumpft die Ersparung zu einer viel bescheideneren Proportion zusammen. — Ich will dies nicht als Kritik vorgebracht haben, denn ich anerkenne, daß die Regierung auf dem Gebiete der Ersparungen innerhalb des gegenwärtigen Systems sich bedeutende Verdienste erworben habe, im Vergleiche mit den früheren Voranschlägen fortgeschritten sei, so daß ich mich nicht veranlaßt fühle, im Rahmen der Generaldebatte das ganze Kapitel im Allgemeinen anzufechten. Ich habe diese Bemerkungen nur gemacht, damit nicht in Folge einer Unterlassung in dieser Richtung ein übermäßig günstiges Bild jener Entwicklung gewonnen werde, deren Beginn das vorliegende Budget bezeichnen sollte. — Dies bemerke ich wieder nicht aus bloßem Oppositionsfigel, auch nicht durch subjektive Motive geleitet, sondern weil die erste Grundlage einer ersprießlichen legislativen Wirksamkeit, namentlich auf dem bezeichneten Felde, die von allen Illusionen freie Erkenntnis der Thatsachen ist.

Ich übergehe somit auf den Voranschlag der Bedeckung, und zwar sogleich; denn unstrittig erliegt in demselben das ganze Gewicht der Finanzpolitik der Regierung. Bei diesem Theile muß ich länger verweilen, um den ersten Gesichtspunkt auseinanderzusetzen, ob das Bild unserer Staatseinnahmen der Realität entspricht? Zur Vermeidung von Mißverständnissen erkläre ich, obwohl dies sonst kaum nothwendig wäre, — aber ich lege besonderes Gewicht darauf, nicht mißverstanden zu werden, so daß ich mich an den Grundsatz: *expressa docent, halte*, — ich erkläre also, daß, was ich vorbringen werde, nicht gegen den guten Glauben der Regierung gerichtet sei, sondern nur den Sinn habe, daß die Regierung nach meiner Ansicht die gegebenen Factoren irrtümlich aufgefaßt habe.

Die bedeutendste Post der Bedeckungssumme bilden die directen Steuern, welche auf 87 Millionen veranschlagt werden. Dieser Betrag bildet beiläufig 50% unseres Gesamt-Staatseinkommens, somit ein solches Verhältnis zu den übrigen Zweigen des Einkommens, wie es meines Wissens in keinem andern Staate Europas der Fall ist. Aber kann man auf diese Einnahme mit Gewißheit rechnen? Praxis und Wissenschaft stellten das Princip auf, daß die einzige richtige Grundlage der Einnahmen von den Schlußrechnungen des verflossenen Jahres gebildet wird. Wenn wir nun die Schlußrechnungen der verflossenen Jahre nehmen und bis zum Jahre 1868 zurückgreifen, finden wir, daß damals aus dem Titel der directen Steuer 59 Millionen einfloßen. In den nächstvergangenen Jahren, und zwar: 1873 sind thatsächlich 65 Millionen, 1874 68 Millionen und einige Hunderttausend eingefloßen. Angesichts solcher Ergebnisse werden gegenwärtig 87 Millionen präliminirt, also nahezu um 29 Millionen mehr als im Jahre 1868, und fast um 30 Millionen mehr als 1874, d. i. in jenem letzten Jahre, dessen Schlußrechnungen uns vorliegen.

Dieses sehr auffallende Plus der Einnahmen beabsichtigt der Herr Minister zum großen

Theile durch Eröffnung neuer Steuergattungen zu erreichen, und weiß es sehr plausibel zu machen, daß er wirklich von jeder einzelnen Post so viel erwarten dürfe. In dieser Richtung aber befinde ich mich in der glücklichen Lage, daß ich die Ansicht des Herrn Baron v. B. zu theilen vermag, daß man das einzufließende Steuerquantum nicht nach den einzelnen Posten, sondern in seiner Totalität in Betracht zu ziehen habe, wenn man sich ein getreues Bild der Einnahmen schaffen will. Denn so verschieden auch die einzelnen Posten sein mögen, von welchen man die Steuer erwartet, so ist doch die allgemeine Quelle, nämlich das reine Einkommen des steuerleistenden Publikums, immer eine und dieselbe. Diesen Satz muß man besonders unter unseren heimischen Verhältnissen einer doppelten Aufmerksamkeit würdigen, um die Orientirung bezüglich der angehofften Einnahmen zu erlangen, da bei uns jene Vielseitigkeit der Beschäftigung nicht existirt, die in andern fortgeschrittenen Ländern vorhanden ist, und es könnte sonst Jemanden leicht passiren, was ein deutsches Sprichwort sagt: „Daß man vor lauter Bäumen den Wald nicht sehe!“

Sind die Verhältnisse der letzten Jahre seit 1868 wirklich so beschaffen, daß man begründetermaßen ein Plus von 29 Millionen an directen Steuern erwarten könne?

Ich weiß es zwar, hohes Haus! daß in dieser Richtung Vieles von einer persönlichen Werthbestimmung abhängt; aber es gibt doch gewisse Stützpunkte, die ein objectives Urtheil ermöglichen. Für einen solchen erachte ich die Bewegung in den Produktionszweigen, welche die Einkommenquelle des eigentlichen Volkseinkommens bilden und den Verkehr der aus denselben gewonnenen Produkte! Es sei mir gestattet, in dieser Richtung einige Daten aufzuführen, ich werde an der Hand amtlicher statistischer Mittheilungen das Hauptgewicht auf den Umstand legen, welche Proportionen der Verkehr in Körnerfrüchten aufweise, da die Mehrheit des Volkes ihr Einkommen aus diesem Produktionszweige gewinnt. — Ziehen wir Budapest in Betracht, so finden wir, daß der Getreideverkehr im Jahre 1868 in Zollcentnern 28 Millionen, im Jahre 1870 13 Millionen, im Jahre 1871 14 Millionen 500,000, im Jahre 1872 10 Millionen 400,000 umfaßt habe, beziehungsweise auf diese Ziffer herabgesunken ist, so daß man in der Zeitperiode 1868—1872 die Abnahme des Verkehrs im Durchschnitt auf beiläufig 18 Millionen Zollcentner setzen kann. — Wenn wir jene Länder in's Auge fassen, die auf den Getreideimport angewiesen sind, und dann untersuchen, in welchem Maße wir zur Versorgung derselben beigetragen haben, so werden wir finden, daß wir z. B. an dem brittischen Getreideimport, der zwischen 30 und 40 Millionen Zollcentner im Jahre wechselt, 1868 mit einer Million, 1872 schon nur mit 54,000 Ztr. theilhaftig waren. — Diese Verminderung ist dem Umstande zuzuschreiben, daß wir mittlerweile auf dem brittischen Getreidemarkte durch fremdes Getreide verdrängt worden sind! Wenn wir aber eines der relativ besten Absatzgebiete, die Schweiz, betrachten, so werden wir erkennen, daß in dieselbe Oesterreich-Ungarn 1868: 2,800,000, im Jahre 1872 aber nur mehr 800,000 Ztr. exportirte. Ebenso ungünstig ist das Resultat, wenn wir den Verkehr unserer Bahnen von 1868 bis 1872 vergleichen. Ich nehme die beiden äußersten Zahlen. Der allgemeine Güterverkehr ist von 107 auf 170 Millionen Ztr. gestiegen; wenn wir aber in Rechnung ziehen, daß in derselben Zeit so viele Eisenbahnlinien neu entstanden sind, so wird uns diese Steigerung gering erscheinen; in der That hat der Verkehr per Meile abgenommen, indem er im Jahre 1868 350,000 Ztr., im Jahre 1872 aber nur mehr 240,000 Ztr. betrug, was gewiß kein Zeichen unseres volkswirtschaftlichen Aufblühens ist. Der Getreideverkehr participirte an diesen Zahlen mit 58,800,000 Ztr. im Jahre 1868, im Jahre 1871 aber nur mehr 2,800,000.

Sie werden vielleicht bemerken, daß sich die Daten nur auf den Zeitraum von 1868 und 1872 beziehen! Die letzten statistischen amtlichen Ausweise — es kann möglich sein, daß meine

Informationen mangelhaft sind — erstrecken sich auf die Hauptergebnisse des Jahres 1873.

Ich gestehe, daß es mir nicht möglich war, die speziellen Ansätze, wie ich sie mir bezüglich der früheren Jahre zusammengestellt habe, in denselben aufzufinden; aber die allgemeinen Ansätze sind für unseren Export und Import nicht weniger kennzeichnend. — Im Jahre 1868 bewertete sich unser gesammter Export auf 359,900,000 fl., der Import hingegen auf 319,000,000 fl., so daß unsere Handelsbilanz mit 10,900,000 fl. activ stand. Unser Export betrug im Jahre 1873 nur mehr 300 Millionen. Ich bitte das nicht so zu nehmen, als wenn dieses Resultat nur eine Folge der in diesem Jahre ausnahmsweise außerordentlich ungünstigen Verhältnisse wäre, denn in jedem Jahre zeigt sich eine stufenweise Herabminderung, bis im Jahre 1873 dieses ungünstige Ergebnis eintrat.

Absolut also hat unser Export im Verhältnisse zu 1868 um 29 Mill. abgenommen; dem Importe entgegengehalten, welcher 400 Mill. repräsentirt, ist unsere Handelsbilanz in diesem letzten Jahre mit 100 Mill. passiv, während wir im Jahre 1868 mit 10 Mill. activ waren, was eine ungünstigere Situation von 110 Mill. ergibt.

Im Uebrigen aber ist es nicht nothwendig, daß wir zur Charakterisirung der letzten Jahre mehr detaillirte Daten anführen. Es kann der Vorhang mit 1872 über die statistischen Daten fallen, ohne daß wir deshalb ohne Orientirung blieben. Jedermann weiß, daß im Jahre 1873 jene Krise des Geldverkehrs und Credits eingetreten ist, deren Wellenschlag fast jeden Staat Europas berührte, auch uns nicht verschonte und auch heute noch nicht vollendet ist. — Der Einfluß dieser Krise auf die Zahlungsfähigkeit ist ein so großer, daß selbst wenn wir einen Aufschwung unserer Produktionsverhältnisse auf die Periode von 1872—4 aufzuweisen vermöchten, jene allgemein drückende Atmosphäre, welche auf dem Geldmarkte lastet, genügen würde, alle Vortheile aufzuwiegen. Wenn wir nun auf volkswirtschaftlichem Gebiete mit solchen Factoren zusammentreffen, die in ganz Europa für Alles eher als für einen Aufschwung gehalten würden; wenn die Lage des allgemeinen Geldmarktes so beschaffen ist, daß er selbst gewisse spezifische Verhältnisse erdrückt und die Wirkung der günstigsten Factoren lähmt: daß unter solchen Umständen ein Land wie Ungarn, mit einseitigen, von verschiedenen unabhängigen Factoren beherrschten Produktionsverhältnissen von 1874 bis 1876 plötzlich eine Steuererhöhung von 19 Millionen vertragen sollte, kann subjectiv wohl richtig sein, aber es entbehrt allen objectiven Grundes. (Lebhafte Zustimmung.)

Doch ich will dem Herrn Finanzminister gegenüber nicht die strenge Grenze der Billigkeit überschreiten, und damit seine Exzellenz und das h. Haus sich hievon überzeugen könne, will ich gerne zugeben, daß sich in dem Voranschlage eine Post befindet, welche nicht nur keine Verminderung, sondern eine Vermehrung ergeben wird. Das ist jene Post, welche, so weit es mir an der Hand der Schlußrechnungen möglich war, zurückblicken, immer den Voranschlag überschritten hat, und diese eine Post betrifft die Steuerexecutionen. Im Jahre 1873 war titulo Steuerexecutionengebühren der Betrag von 208,000 fl. präliminirt und eingenommen wurden 700,000 fl. 1874 waren wieder 208,000 fl. präliminirt und eingenommen wurden unter diesem Titel 900,000 fl. — ein wesentlicher Fortschritt. Ich halte dafür, daß wir die präliminirte Post auch gegenwärtig namhaft erhöhen können. Aber was bedeutet diese Post? Der Schlüssel, nach welchem die Executionengebühren berechnet werden, ist bekannt, und mit Hilfe dieses Schlüssels kann sich Jedermann überzeugen, daß eine Summe von 900,000 fl. Executionskosten so viel bedeutet, daß eben die ganze Hälfte der directen Steuern nur im Executionenwege eingetrieben werden kann. Dies dient auf finanziellem Gebiete zur Illustration

Fortsetzung in der Beilage.

## Frankreich.

### II.

Das, was wir nicht glauben wollten, weil es der Ehre bis jetzt achtungswerther Männer so großen Eintrag that, ist doch wahr gewesen; es haben sich bei der äußersten Rechten Royalisten gefunden, welche von dem Taumel des Hasses und persönlichen Berechnungen so weit verblendet wurden, daß sie das Interesse ihrer Partei, und mehr als dies: das Interesse Frankreichs verrathen haben.

Diese Royalisten haben heimlich die Reihen der conservativen Partei verlassen um sich mit den Radikalen und den Bonapartisten zu verständigen; jeder von ihnen hat den Feinden seiner Sache und den Feinden der Kirche seine Stimme angeboten — um einen Sitz im Senat. Ihre Anerbietungen wurden angenommen und der Handel geschlossen; dies geschah in der Nacht vom 9. auf den 10. Dezember 1875, bei Jules Simon, in Gegenwart und unter Mitwirkung Gambetta's und Bardoux. Die Unterhändler der royalistischen Gruppe waren Herr de la Rochette und der Marquis de Souvello.

Dies ist die Ursache, weshalb 17 Linke im Scrutinium vom 10. Dezember gewählt worden sind; dies ist auch die Ursache, warum 7 Mitglieder der äußersten Rechten, welche nicht auf der durch ihre eigene Gruppe aufgestellten Liste standen, Senatoren geworden sind durch die Gnade der Herren Jules Simon, Gambetta und Rouher. Diese Gewählten sind: Herr de la Rochette, der Marquis de Franclieu, der Graf Cornulier-Lucinière, Dumon, Théry, Pajot, der Graf von Tréville.

Von welchem Gesichtspunkte aus man die Sache auch betrachtet, immer haben Herr de la Rochette und seine Gefährten eine nicht zu rechtfertigende That begangen.

Bei der Wahl der 75 lebenslänglichen Senatoren handelte es sich, wie man sehr gut bemerkte, nicht nur um Partei-Interessen. Große politische und sociale Interessen standen ebenfalls auf dem Spiele. Die Einen wie die Andern sind verkannt und verrathen worden.

Man kennt die Grundsätze und die Absichten der radikalen Partei; man weiß, daß, wenn sie zur Regierung gelangen, die Freiheit der Kirche und der katholischen Bestrebungen in Fesseln gelegt wird. Der Radikalismus lockt uns nicht verrätherisch an: offen bekennend seine Grundsätze, verkündet er seine Absichten und Jedermann weiß, daß die Verfolgung der Religion einen Theil seines Programms ausmacht. Unter den von ihm am meisten verabscheuten rechtmäßigen Freiheiten ist die Freiheit des katholischen Unterrichts aller Stufen der Gegenstand seines besonderen Hasses. — Die Liste nun, für welche Herr de la Rochette und seine Gefährten gestimmt haben, enthält nur Feinde der Kirche und erklärte Widersacher der Unterrichtsfreiheit. Herr de la Rochette und seine Gefährten wissen dies eben so gut wie wir. Welche Verantwortlichkeit haben sie also, als Katholiken, auf sich zu nehmen gewagt, indem sie den Triumph dieser Liste sicherten? Was werden sie zu ihrer Entschuldigung sagen, wenn der Senat, dessen Majorität in Folge ihres strafbaren Manövers vielleicht aus Revolutionären bestehen wird, die verderblichsten Gesetze votirt?

Vom allgemein politischen Gesichtspunkte aus ist dieses Manöver nicht verwerflich. Zu dem Zeitpunkt, da die Regierung und das Ministerium mehr und mehr den Weg einer conservativen Politik einschlugen, war es für Conservative angezeigt, ihnen einen Schlag zu versetzen und ihnen eine empfindliche Niederlage beizubringen, deren wahr-scheinliche und nahe Gegenwirkung eine Krisis des Ministeriums und vielleicht der Regierung sein wird? Hat man den Einfluß dieses schönen Geniestreiches auf die Wahlen vorbedacht? Hat man daran gedacht, daß bei der Lage unseres Landes und der Lage Europas es ein Attentat gegen Frankreich ist, Unruhen hervorzurufen, die Regierung zu erschüttern?

Wir wissen, daß man, um die Immoralität der durch Herrn de la Rochette mit der Linken eingegangenen Verbindung zu rechtfertigen, Präcedenzfälle anführt und besonders die Verbindung eines Theils des rechten Centrums mit der Linken,

um die Republik zu Stande zu bringen. Aber seit wann ist die Abtrünnigkeit, sind schlechte Beispiele zu Mustern geworden, denen nachzuahmen erlaubt ist? Mit welchem Rechte habt ihr den 25. Februar getadelt, ihr, die ihr den 10. Dezember zu Stande gebracht habt?

Man sagt auch: Das rechte Centrum hat uns betrogen, wir haben das Recht, es unserer-seits auch zu betrügen. Wenn dies der Fall ist, dann ist die Politik nur eine immerwährende Vendetta, in welcher blinde Rachsucht die heiligsten Interessen des Landes ihrer gehässigen Befriedigung widmet.

Man gibt auch vor, eine politische That vollbracht zu haben, welche dem erblichen Königthum Nutzen bringen kann. Dies Vorgeben ist lächerlich und unerträglich. Wie, ihr verheißt einer Liste zum Siege, auf der, unter dem Namen des linken Centrums, der wahre Orleanismus von 1830 dominiert, der, welcher zugleich revolutionär und antichristlich geblieben ist, und auf diese Weise glaubt ihr der Legitimität zu dienen? . . . .

Man sieht also: vom conservativen Gesichtspunkte aus, d. h. vom Gesichtspunkte der Interessen der Gesellschaft und der Kirche, ist das Manöver Herrn de la Rochette's strafbar, vom politischen Gesichtspunkte aus verdient es öffentliche Verpöchtung. . . . . Was dieses klägliche Manöver vollends bezeichnet, ist dessen eigennütziger und persönlicher Character. . . . .

Weiter berichtet der „Monde“ in seiner nächsten Nummer: die Erfolge der Wahlliste der Linken seien immer im Steigen und es sei sehr zu fürchten, daß in Folge dieser That einiger durch den Haß verrückter und durch den verächtlichsten Ehrgeiz angetriebener Köpfe die Linken zum Besitze beinahe aller 75 lebenslänglichen Senatorenplätze gelangen würden.

„Wenn, wie man es vorher sagt, ein Wechsel des Ministeriums die Folge dieses unwürdigen Sieges der Linken sein wird, so werden die Wahlen unter andern Auspizien als denen des conservativen Einflusses stattfinden, und so wird das Land von Neuem unvorhergesehenen Ereignissen und Agitationen ausgezsetzt sein.“ Die Mitglieder der äußersten Rechten erließen folgende Erklärung: Die unterzeichneten Abgeordneten, welche nur die Verantwortlichkeit für ihre persönlichen Handlungen auf sich nehmen und diejenige von sich abweisen wollen, welche die Mitglieder des Clubs übernommen, die sie mit Bedauern sich von der Majorität trennen sahen, erklären, daß der Club in seinen früheren Sitzungen den Willen ausgesprochen, nur mit den conservativen Parteigruppen ein Einverständnis wegen der Senatorenwahlen anzustreben.

Sie hat unter den Senats-Candidaten niemals andere Vertreter gehabt, als die durch sie erwählten 13 Mitglieder, deren Namen in die Liste der Linken eingetragen waren und von denen Keiner auf der Oppositionsliste gestanden hat.

Sie hatte ausdrücklich jede Idee der Verbindung mit den Parteigruppen der Assemblée zurückgewiesen, in welchen sich die entschiedensten Feinde der legitimen Monarchie, die eingestandenen Feinde der Kirche und der christlichen Socialordnung befinden.

Sie beharrt bei dieser royalistischen Politik, die katholisch und conservativ bleiben will.

Entschlossen, die Intriguen der Revolutionäre zu nichte zu machen und, wenn es sein muß, alle Ujurpationen und Gewaltthätigkeiten zu bekämpfen, bitten die royalistischen Abgeordneten Gott, von ihrem Vaterlande die Uebel abzuwenden, welche ihm drohen, die Vorurtheile zu zerstreuen, die Geister zu erleuchten, den Haß zu vernichten, durch Beruhigung und Eintracht der Geister und Herzen die durchaus nothwendige Wiederherstellung der Monarchie vorzubereiten und dem Könige den Schmerz zu ersparen, daß er zum Throne nur über Ruinen gelange.

Eine außerordentlich treffende Beurtheilung des Bündnisses, welches einige Mitglieder der Rechten mit den Atheisten der Linken geschlossen, gibt ein Legitimist in einem Briefe an dieselben, den der „Monde“ abdruckt; er enthält genau das Urtheil, welches auch wir über den Vorfall abzugeben haben:

„Die Handlungsweise, durch welche Sie mit zehn Ihrer Freunde soeben die conservative Union zertrümmert haben, die letzte Hoffnung der anstän-

digen Leute in Frankreich, diese Handlungsweise war eine so ungewöhnliche, daß Sie selbst sofort das Bedürfnis gefühlt haben, sie zu erklären. Zu diesem Zwecke haben Sie einen Brief geschrieben, der in dem Journal „L'Union“ abgedruckt worden ist. Sie versuchen mit Ihrem Hasse gegen das rechte Centrum Ihr Bündniß mit der gesammten Linken zu rechtfertigen. Diese Erklärung genügt Niemandem und kann in keiner Weise das Urtheil des Landes über Sie modificiren. Sie sind verurtheilt von allen besonnenen Politikern und besonders von diesen Vorbildern ritterlicher Loyalität, Ihren Collegen der äußersten Rechten. „Seit dem Tage des Friedensschlusses“ — so hat Einer von Ihnen geschrieben — ist dies der schmerzlichste, den wir durchlebt haben. Sie sind verurtheilt von der gesammten Presse, von den conservativen Journalen, durch die einstimmige Verwerfung, welche dem Pacte widerfährt, den Sie unterzeichnet haben: von den republikanischen Journalen durch die Lobpreisungen selbst, welche die schlechtesten Feinde der Religion und des Königthums Ihnen widmen. Sie sind endlich verurtheilt durch die öffentliche Meinung. Die Masse der anständigen Leute verwirft, glauben Sie es mir, die dunkle Taktik, deren Sie sich bedient haben. Aber an uns ist es, an uns Katholiken, Legitimisten, Mitgliedern jener großen, nationalen Partei, welche glaubt, daß Frankreich sich nur wieder erheben kann durch den Glauben und die Tradition: an uns ist es, den allereingiffigsten Protest auszusprechen; an uns ist es, unsere Pflicht ist es, denen man nicht den Abfall der Zwölfe vorwerfen wird, den man Ihnen schon jetzt vorwirft. Gott ist indeß Zeuge der lebhaften Indignation, welche in unserer Gewissen der Act hervorruft, den Sie begangen haben.

Die Männer, deren Devise lautet: „Das Recht als Basis und die Ehre als Mittel,“ werden niemals begreifen, daß das, was sonst infam ist, in der Politik berechtigt sein könnte.

Sie werden niemals begreifen, daß es eine Pflicht der eifrigsten Vertheidiger des Thrones und des Altars sein könnte, den Sieg der Radikalen und Atheisten zu sichern. Sie werden niemals begreifen, daß die Rancüne das Vorrecht vor dem Vaterlande habe. Welcher Abstand zwischen Ihnen, mein Herr, und dem hochherzigen Fürsten, dem Sie zu dienen glauben! Heinrich von Bourbon hat stets diesen Geist des Hasses und der Rache zurückgewiesen, der Sie besetzt; er hat stets diese Transactionen mit der Ehre zurückgewiesen, welche die Ehre verbietet. Wie werden Sie den Blick des Mannes ertragen können, der nicht der legitime König der Revolution sein wollte, Sie, der Sie sich von der Revolution einen Senatorensitz erbeten haben. . . . Wir werden dem Katastrophe verfallen, was Sie herabzusehen scheinen! Aber seien Sie überzeugt, aus diesem Uebermaß des Uebels wird das Gute nicht hervorgehen, nicht der König wird es sein, der an die Stelle der Revolution treten wird. Die Völker, welche Furcht haben, wenden sich nicht dem Rechte zu, sie stürzen sich der Gewalt in die Arme.“

### Aus dem Reichstage.

Budapest, 22. Dezember.

Die Rede des Grafen Szécheny war von hinreißender Wärme, die die Aufmerksamkeit des Hauses ausschließlich in Anspruch nahm. Der Inhalt derselben ist reich an glücklichen Gedanken und steht auf der Höhe staatsweiser Auffassung unserer Bedürfnisse. Vollkommen gelungen ist auch die polemische Seite. Er sagt: Graf Apponyi hat in seiner gestrigen Rede nachgewiesen, daß die Erhöhung der Lasten eine zu große ist, und wenn man sich der Ansicht hingibt, daß die präliminirte Bedeckung auch einlaufen wird, befindet man sich in einer Illusion. Man behauptet, daß diejenigen, welche das Budget als Basis der Spezialberatung nicht annehmen, dadurch der Regierung Hindernisse bereiten und die Fortsührung des Staatshaushaltes unmöglich machen. Abgesehen davon, daß dies nicht steht, muß Redner noch bemerken, daß dem Oberhause kein anderer Weg übrig ist, als entweder das Budget unter Verzichtleistung auf jede Prüfung unverändert zu votiren oder, wenn man es prüft

und nicht in jeder Beziehung für befriedigend findet, im Ganzen abzulehnen.

Hierauf spricht:

Ministerpräsident Tísa und polemisiert gegen sämtliche Vordredner, wirft dem Grafen Szécsén Mangel an Logik vor. Ueberhaupt sei es incorrect, das Budget zu verweigern, da dieses dem Staate und nicht der Regierung votirt werde. Redner selbst habe in acht Jahren als Führer der Opposition das Budget aus besonderen Opportunitätsgründen ein einzigesmal abgelehnt, die Vertrauensfrage aber erst bei der Appropriation berücksichtigt. Die Theorie von den politisirenden und von den producirenden Volksschichten sei eine gefährliche und nicht für Conservative, nicht für Liberale, nicht einmal für Radikale, sondern nur für Absolutisten und Revolutionäre, die einen Theil des Volkes gegen den andern auspielen wollen.

Nachdem noch mehrere Redner für und gegen gesprochen, insbesondere Graf Felix Zichy die von den Grafen Apponyi und Szécsén entwickelten Ansichten billigte, um jedoch die Weiterführung des Staatshaushaltes nicht zu hemmen, das Budget anzunehmen erklärt, wurde die namentliche Abstimmung vorgenommen, und das Budget mit 80 gegen 37 Stimmen angenommen.

In der Spezialberatung wurden die im Budget enthaltenen Summen unberührt gelassen; nur machten mehrere Redner einige sonstige Bemerkungen.

In der heutigen Sitzung des Oberhauses erhielt Präsident Majláth den Auftrag, die huldigenden Glückwünsche des Hauses zum Geburtsfeste Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin, ferner zum bevorstehenden Jahreswechsel an den Stufen des Thrones zum Ausdruck zu bringen. Dann erledigte das Haus ohne größere Debatte die Gesetzeswürde über die neue Einkommensteuer, über das Rentenanlehen, über einige Begünstigungen für hypothecirte croatische Ablösungsobligationen, über eine Modification des auf die Einführung der metrischen Maße bezüglichen Gesetzes, über das Militär-Versorgungswesen, über die Inartikulation des internationalen Metervertrages, über die Inartikulation des Nachtragsvertrages mit Spanien, über die Inartikulation des Handelsvertrages mit Hawaii, endlich über das Salzgefälle. Nachdem das Einkommensteuergesetz angenommen war, erfolgte die Abstimmung über die definitive Annahme des Budgetgesetzes. Die Majorität erhob sich für die Annahme des Gesetzes. In Betreff des Gesetzes über das Rentenanlehen ist zu erwähnen, daß auch die Grafen Johann Cziráky und Anton Szécsén sich für die Annahme dieses Gesetzes ausgesprochen.

In der Sitzung der Abgeordnetenhauses wurde, entgegen dem Antrage des Immunitätsausschusses, die Auslieferung des der Documentenfälschung bezichtigten Deputirten Sigmund Csátár beschlossen. Hierauf wird der Handelsvertrag mit Rumänien in dritter Lesung angenommen. Der Communicationsminister Pechy beantwortet die Interpellation des Abg. Türk betreffs der Tarifierhöhung der Südbahn auf der Strecke Karlsbad-Sißek. Der Minister erklärt, daß Informationen, die er durch seine Organe einholen ließ, ihn davon überzeugen, daß die Angaben des Interpellanten unrichtig seien. Der Minister gibt zu, daß die Südbahn für solche Waaren, deren Bestimmungsort eine ihrer Stationen ist, in Form von Reffecten eine Frachtbegünstigung gewährt, was bei solchen Waaren, die auf eine andere Bahn übergeben, nicht der Fall ist. Diesem Uebelstand sei nur im legislatorischen Wege abzuhelfen. Der Interpellant und das Haus nahmen die Antwort zur Kenntniß.

### Politische Uebersicht.

Präsident, 23. Dezember.

Der Gesetzentwurf über die Gymnasien und Realschulen wurde gestern unter den Abgeordneten vertheilt. Es ist das eine Umarbeitung des vorjährigen Gesetzentwurfes über die Mittelschulen. Der jetzige Gesetzentwurf weicht jedoch

unter anderem von dem letztgenannten dadurch ab, daß die Feststellung des Schulplanes bei den Realschulen und Gymnasien dem Cultusminister zugewiesen ist. Der Gesetzentwurf zerfällt in acht Abschnitte. Der erste spricht von der Classifizierung; der zweite von der Organisation der Staatsgymnasien und Staatsrealschulen; der dritte von deren Verwaltung; der vierte verfügt über die Realschulen und Gymnasien der Mönchsorden, der fünfte über die nichtstaatlichen öffentlichen Realschulen und Gymnasien; der sechste regelt die Privat-Realschulen und Gymnasien; der siebente handelt von den Schulinspektionen und der achte endlich regelt die Maturitätsprüfungen.

Dem „Egyetértés“ wird unter dem 21. d. telegraphisch aus Torna gemeldet: In der heute abgehaltenen Congregationsitzung des Tornaer Comitats wurde einstimmig beschlossen, gegen die Verwaltungs-Gesetzentwürfe und für eine selbstständige Bank und ein selbstständiges Zollgebiet eine Repräsentation an das Abgeordnetenhaus zu richten.

In Oesterreich ist nunmehr auch das Herrenhaus in die Weihnachtsferien eingetreten, nachdem es in seiner kurzen Sitzung vom 21. d. M. das Budget und das Finanzgesetz für 1876 ohne Debatte nach den Anträgen des Abgeordnetenhauses angenommen hatte. Die nächste Sitzung des Herrenhauses ist unbestimmt.

Ueber Graf Andrássy's Reformproject wird aus London berichtet, daß dasselbe ausdrücklich vorschlägt, die Christen als Beamte an der Veranlagung der Steuern für Bosnien und die Herzegowina mit theilnehmen zu lassen, weil damit der hauptsächlichste Anlaß der bisherigen Aufstände beseitigt erschiene. Die vom Sultan geplante Ernennung von Christen zu Steuereinnehmern helfe nichts, sondern vergrößere das Uebel, weil dann diese christlichen Steuereinnahmer die Verantwortlichkeit für die Steuerveranlagung der rein türkischen Steuercommissionen mitzutragen hätten.

Der Fürst von Montenegro scheint ernstliche Kriegsvorbereitungen zu treffen. Darauf deutet nicht nur die bereits vorgestern mitgetheilte Nachricht von dem Abschluß eines montenegrinischen Anlehens, sondern auch die gestern eingetroffene Meldung hin, daß er den Beitritt Montenegros zu der bekannten Genfer Convention für Pflege der Verwundeten auf dem Schlachtfelde in Vorn offiziell habe erklären lassen.

Zum Culturkampf ist schon wieder eine neue Jagd nach einem geheimen Delegationen zu berichten und zwar aus der Diözese Paderborn, wo am 18. d. der geistliche Rath, Herr Dr. Stamm, auf Befehl des Staatsanwalts in seiner Wohnung — dem theologischen Convicte — verhaftet und zum Kreisgefängniß in Untersuchungshaft abgeführt wurde. Es wurde ihm ein Schriftstück, eine Dispense, mit Siegel und Unterschrift vorgezeigt und die Frage an ihn gestellt, ob das von ihm herrühre, worauf Dr. Stamm die Antwort verweigerte. Eine nahezu zweistündige Hausdurchsuchung, welche indeß resultatlos geblieben sein soll, folgte, worauf die Verhaftung Dr. Stamm's vorgenommen wurde.

In Baiern fürchten die „Liberale“, daß ihr geliebter Cultus-Luz zurücktreten muß, weil er seinen Ehrenhandel mit dem Bischof Senefrey von Regensburg jetzt schon so gut wie verloren hat. Der Clerus des Dekanats Geisenfeld, in welchen der vielbesprochene Wählerlaß des bischöflichen Ordinariats verlesen worden sein soll, veröffentlicht die Erklärung, daß ein an ihn ergangener Bescheid des bischöflichen Ordinariats auch nicht ein Wort von Weisungen bezüglich der Wahlen enthalten habe. Das „Regensburger Wochenblatt“ theilt den fraglichen Bescheid im Wortlaut mit; derselbe gibt aus Anlaß der eingegangenen Seelsorgeberichte Rathschläge, wie man das Volk „die Kirche mehr schätzen und lieben“ lehren solle.

Aus Rom schreibt man der „Germania“ u. A.: „Es gehört zu den in der That merkwürdigen Phänomenen des 19. Jahrhunderts, daß die durch Waffengewalt ausgeführte Annexion Roms, anstatt das einheitliche Italien und seine Regierung zu stärken, gerade das Gegentheil hervorgebracht hat. Es ist für Jeden, der die römischen Zustände, wie sie unter den Piemontesen geworden, mit Aufmerksamkeit prüft, unmöglich, die Entmuthigung zu verkennen, welche Regierer und Regierte erlitten hat. Das Municipium hat Schulden auf Schulden gemacht, dafür aber nichts erzielt. Man hat Rom seinen Glanz, seine kirchlichen Feierlichkeiten, seine Industrie genommen, ohne ihm dafür die geringste Entschädigung zu bieten. Die reichen Fremden, welche sonst im Winter vom November bis Anfang Juni in Rom sehr bedeutende Summen verausgabten, haben der ewigen Stadt bis auf bessere Zeiten den Rücken gekehrt. Die fremden Diplomaten beklagen sich über die geselligen Zustände. Der König verweilt nur in Rom, wenn es unbedingt sein muß, die Minister, die Senatoren, die Deputirten drücken sich unter allerhand Vorwänden, um nur nicht in Rom zu sein. Von 508 Deputirten erscheinen fast nie mehr als 230—240 in den Sitzungen. Der Senat zählt 320 Mitglieder; aber es gehört zu den Seltenheiten, daß 70 Senatoren der Sitzung beiwohnen.“

### Tagesneuigkeiten.

(Zur Explosion in Bremerhaven.) Aus einem Aufruf, welchen das Comité zur Unterstützung der durch die Explosion in Bremerhaven Geschädigten veröffentlicht, sind die entsetzlichen Folgen der Katastrophe erst recht klar geworden. Wie bis nun constatirt ist, sind durch das grauenhafte Verbrechen etwa 210 Menschen völlig brodt- und hilflos geworden, indem ihre Ernährer und Versorger sich entweder unter den bis jetzt aufgefundenen 81 Leichen, den außerdem noch Vermissten oder den noch lebenden furchtbar verstümmelten Opfern der Katastrophe befinden. Schwer verwundet und verstümmelt sind etwa 20; Wittwen oder alte, bislang von ihren gemordeten Söhnen unterstützte Eltern sind etwa 56 vorhanden; vaterlose Kinder sind etwa 135 anzunehmen. Alle sind in bittere Noth und Armuth versetzt worden; es sind Frauen darunter, deren sechs oder sieben Kinder theils noch im zartesten Alter stehen, da die Gemordeten meistens junge, kräftige Arbeiter waren. — Das Unterstützungscomité will nun zur dauernden Unterstützung der Hinterbliebenen ein Capital sammeln, das mit den Zinsen genügt, so lange als erforderlich die nöthigen jährlichen Unterstützungen zu gewähren. Die Wittwen sollen durchschnittlich wenigstens acht bis zehn Jahre hindurch, manche Wittwen und die Verstümmelten lebenslanglich unterstützt werden. Bis nun sind 100,000 Mark eingestossen.

(Der neue Obercommandant der Carlisten.) Ein Correspondent der „Times“ schreibt aus San Juan de Luz vom 14. d.: „Wieder einmal ist der Obercommandant der carlistischen Armee oder, wie er amtlich betitelt ist, der Generalschabes des Don Carlos gewechselt worden. Perula, der bis zum 11. d. M. diese Stelle einnahm, ist „auf sein eigenes Ansuchen vom Commando enthoben“, und statt dessen zum Obergeneral von Navarra ernannt worden und Don Alfonso de Bourbon y Austria, Graf von Caserta, kommandirt nun die carlistischen Armeen. Der neue Obercommandant, Don Alfonso Maria Joze Alberte de Bourbon y Austria, wurde geboren zu Caserta, woher er seinen Titel führt, am 28. März 1841 und ist also noch nicht 35 Jahre alt. Als Bruder des Erz-Königs von Neapel, Franz II., stammt er durch seine Mutter von dem kaiserlichen Hause von Oesterreich ab und ist ein Neffe des Erzherzogs Albrecht, des Siegers von Custozza.“

### Localnachrichten.

\*\* Das a. h. Geburtsfest Ihrer Majestät der Königin wird morgen in der Domkirche durch ein Hochamt gefeiert.

jener Wirklichkeit, die ich auf volkswirtschaftlichem Gebiete bereits dargelegt habe.

Es ist wahr, daß der Herr Finanzminister zur Rechtfertigung und theilweisen Begründung seines Voranschlages auf die von ihm eingebrachten Steuergesetzesentwürfe hinweist. Die Grundidee dieser Gesetzesvorschläge war der Herr Minister so freundlich, während der commissionellen Verhandlungen mit jener Zuborkommenheit, die wir bei ihm und seinen Herren Collegen stets vorgefunden haben, zu enthüllen, und jedes Mitglied der Commission überzeugte sich, daß in diesem Gesetzesvorschläge sehr heilsame Reformideen enthalten seien, und daß mit Hilfe derselben es viel leichter sein werde, die Steuern einzubringen. Ich erwähne der vollkommenen Loyalität der Discussion zu Liebe auch diesen Umstand, der gegen meine Argumentation spricht, und ich überlasse es ganz dem hohen Hause, zu beurtheilen, ob irgend ein Steuereinhebungssystem denkbar ist, welches geeignet wäre, bei 87 Millionen eine Steigerung von 19 Millionen, also von beiläufig 25% zu rechtfertigen, besonders dann, wenn man erwägt, daß auch die früheren Regierungen, wenn auch schwer, aber doch Mittel und Wege gefunden haben, die thatsächlich umgelegte Steuer zum großen Theile einzutreiben. So viel erlaube ich mir auf den Vorschlag bezüglich der Einnahmen vom ersten Gesichtspunkte meiner kritischen Beleuchtung aus zu sagen, der sich auf die Realität des uns vorgelegten Budget's bezieht.

Nun übergehe ich auf den zweiten Gesichtspunkt, nämlich, ob wir in der Totalität dieses Budget's, namentlich aber in jenem Theile desselben, auf welchen die Regierung das meiste Gewicht legt, in welchem die Reformideen der Regierung zusammentreffen, nämlich in dem Theile über die Einnahmen, ob wir in demselben jene Idee zu entdecken vermögen, welche uns von der gegenwärtigen traurigen Lage zu befreien im Stande sind! Hohes Haus! Es erscheint fast überflüssig, zu erwähnen, daß, sobald meine Auffassung richtig ist, daß der Voranschlag nicht demjenigen entspricht, was begründetermaßen aus den Einnahmen erwartet werden darf, so beschattet dieser Umstand allein schon den zweiten Gesichtspunkt auf eine sehr unvorteilhafte Weise; denn, wie ich schon früher gesagt habe, ist hier die an sich banale Wahrheit zu wiederholen, daß der erste Schritt zur Besserung die von Illusionen freie Erkenntniß der Sachlage ist! Wenn wir dies in der Vorlage der Regierung nicht wahrnehmen können, dann wird Jedermann nothwendig von dem gegründeten Zweifel erfaßt werden müssen, ob diese Regierung, wenn sie jene Bedingung nicht erfüllt, im Stande sein wird, in dem weiteren Entwicklungsgange, in den ferneren Stadien ihrer Wirksamkeit die Folgen einer irrigen Auffassung des Ausgangspunktes wieder gut zu machen?

Aber noch ernster wird dieser Zweifel, wenn ich das Einnahmen-Präliminare und besonders jenen Posten desselben, welcher gleichsam den Cardinalpunkt der Finanzpolitik der Regierung bildet, nämlich die neue Einkommensteuer, genau in ihrem Verhältnisse zur finanziellen und volkswirtschaftlichen Rangirung in Betracht ziehe. Das bisher Dargelegte führt nämlich zu folgendem Resultate: Entweder gibt die Zukunft meiner Auffassung recht — oder es gelingt der Regierung wirklich mit dem Mehr der direkten Steuern, auch den neuerdings auf das Einkommen ausgeworfenen Steuerzuschlag einzutreiben. Ich bemerke gleich hier, daß ich das Erstere für wünschenswerther halte. Ich halte es für wünschenswerther, wenn die Regierung gleich im ersten Jahre die Ueberzeugung gewinnt, daß sie mit der Forcierung der directen Steuern auf falschem Wege wandelt, mithin ihr Ziel nicht erreichen wird.

Wenn dies jedoch eintritt, so hört wohl jede Frage auf, ob wir durch Präliminirung solcher Einnahmen, welche thatsächlich nicht einfließen, der Heilung unserer finanziellen Verhältnisse nur mit einem Schritte näher kommen. Wenn jedoch der zweite Fall eintritt, daß näm-

lich die Regierung durch Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Mittel jene Steuern einreibt, welche durch die Legislative votirt wurden, dann wird sich dieser momentane Erfolg, in heute kaum zu berechnendem Maße, in den Jahren 1877 und 1878 rächen. Bei Eintritt dieses Falles hätten wir vielleicht im Jahre 1876 eine bilanzirte Schlußrechnung, doch stünden wir einem in nicht zu berechnendem Maße wachsenden Defizite für die kommenden Jahre gegenüber, weil hiedurch meiner Ansicht nach — welche ich jedoch nicht auf Phrasen, sondern auf Fakten begründe — die Steuerfähigkeit der Nation derart ruiniert wäre, daß das Huhn getödtet würde, welches die goldenen Eier legt, und es wäre dann auch nicht mehr auf das Einfließen der jetzigen Steuermenge zu rechnen. (Beifall.) Aber, hohes Oberhaus, ich fürchte noch einen dritten Fall.

Ich halte dafür, daß die Regierung trotz Anwendung aller ihr zu Gebote stehenden Zwangsmittel, jene Einnahmen nicht erreichen wird können, welche in ihrer finanziellen Vorlage präliminirt sind, nichtsdestoweniger aber hiedurch die Steuerfähigkeit der Nation derartig alteriren wird, daß wir uns dann nicht nur mehr für das Jahr 1876 vor einer gewaltigen Decouvert befinden, und zwar vor einem solchen Defizite, für dessen Bedeckung noch nicht gesorgt ist, aber auch außerdem für die kommenden Jahre, in welchem unser Staatshaushalt sich eigentlich regeneriren soll, eine solche Steuerfähigkeit mit allen ihren Konsequenzen herbeiführen würde, für deren Bestimmung uns vor der Hand noch die Daten fehlen, und von deren Schilderung ich, weil ich nicht zu schwarz malen will, jetzt absehe. Ich glaube hiemit von ganz objektivem Standpunkte die Begründungen ausgeführt zu haben, welche mich die Finanzpolitik der Regierung, welche in einem Steuerzuschlage kulminirt, nicht acceptiren lassen.

Ich halte es für nothwendig, und zwar hauptsächlich darum, weil Jene, mit denen ich auf gleichem politischen Standpunkte zu stehen so glücklich bin, in ihren Handlungen, ja selbst Intentionen oft verdächtigt werden, den Standpunkt zu bezeichnen, welchen meine Wenigkeit der Steuererhöhung gegenüber einnimmt. Falsch und ganz ungerecht würde uns der beurtheilen, der glaubt, daß wir prinzipiell und unter allen Verhältnissen gegen eine Steuererhöhung sind. Ich zögere selbst keinen Augenblick, es auszusprechen, daß ich, hohes Oberhaus, die Sanirung unserer finanziellen Verhältnisse ohne eine feinerzeitige Steuererhöhung für nicht durchführbar halte. Aber hier sind für mich zwei Dinge entscheidend, darüber, ob ich einer in concreto vorgeschlagenen Steuererhöhung zustimmen solle oder nicht: ob ich die Zeit hierzu für opportun erachte und ob ich dabei eine solche Gruppierung der Maßnahmen erblicke, deren gemeinsame Durchführung die Erhöhung, insoweit Etwas überhaupt durch Menschen gesichert werden kann, thatsächlich sichert.

Was die Zeitgemäßigkeit betrifft, so enthebt mich das, was ich von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Nation und von der Entwicklung oder vielmehr von dem Verfall derselben in den jüngsten Jahren gesagt habe, der ferneren Motivirung dessen, daß ich das Jahr 1876 für eine derartige Steuererhöhung unter keiner Bedingung für geeignet halte. Glauben Sie nicht, daß mich zu dieser Behauptung eine bloß allgemeine Absicht der Verzögerung führt.

Wenn die Ernte im Jahre 1876 noch so günstig ausfallen sollte, so bedürfen wir derselben doch, um die in den letzten Jahren unserer Landwirtschaft geschlagenen Wunden heilen zu können; dieses Jahr muß einzig der Ruhe gewidmet sein und keineswegs einer neuerlichen Anspannung der Kräfte.

Die zweite Bedingung, unter welcher ich geneigt wäre, dieser beträchtlichen Steuererhöhung beizustimmen, wie ich mir das zu kennzeichnen erlaube, ist, daß dieses Mittel einseitig nicht angewendet werde, sondern daß dasselbe als Glied in der Kette jener Maßregeln erscheine, deren

Anwendung zur Looswicklung unbedingt nothwendig ist. Nach dem, was Graf Waldstein diesbezüglich angeführt hat, brauche ich hier nicht länger zu verweilen. Ich muß jedoch neuerdings, obgleich es den Ohren der Regierung nicht angenehm klingen wird, den radikalen Systemwechsel erwähnen, was aber kein bloßes Lösungswort, sondern in Wirklichkeit eine Forderung ist.

Wir haben uns auch nicht auf diesem Terrain bewegt. In bloßer Negation haben wir ausgesprochen, daß wir ein solches Verhältniß der Reformen verlangen, welches auf allen Gebieten des Staatslebens gleichmäßig reducirt. Wir wünschen dieses zuerst a capite beim Parlament anzuwenden, wir wünschen es bei den Ministerien anzuwenden mittelst der Reduction der Zahl derselben, denn diese ist die Grundbedingung der vereinfachenden Reorganisation der gesammten Verwaltungsmaschinerie. Wir haben gesagt — und ich bin so frei, dies zu wiederholen, denn es ist dieses eine Pflicht, welche mir, als einem Mitgliede dieses Hauses, obliegt — daß wir an die radikale Heilung unserer Finanzen ohne radikale Reformirung unserer Wehrkraft nicht denken dürfen, und zwar insoweit wir den Luxus der zwei Armeen erhalten, insoweit wir unsere Honvédschaft mit der gemeinsamen Armee nicht in engen Connex bringen, was die eine Bedingung der auf dem Gebiete der gemeinsamen Armee unter sorgfältiger Berücksichtigung der europäischen Situation zu bewerkstelligenden Reformen wäre.

All dieses haben wir wiederholt gesagt, weiter kann sich eine Opposition in die Detailfragen der Reorganisation nicht einlassen. Ja, wenn von der Lösung einzelner speciellen Fragen die Rede ist, dann pflegt die auf ernster politischer Basis gebildete Opposition mit positiven Einwendungen hervorzutreten; aber nie hat sich, soweit ich die Geschichte der parlamentarischen Kämpfe kenne, die positive Thätigkeit einer Opposition soweit erstreckt, daß sie den allgemeinen Reorganisationsplan der Regierung vorlegen würde. Sie genügt ihrer diesfälligen Aufgabe, wenn sie die Richtung in allgemeinen Umrissen bezeichnet, und das haben wir auch gethan. (Beifall.) Es ist vorgekommen, daß, wenn die politische Lage irgend eines Landes besorgnißerregend war, und wenn der Schlüssel zur Heilung des Uebels in irgend einem speciellen Momente zu finden war, die Opposition es als ihre Pflicht erachtete, diese specielle Frage zu bezeichnen. Aber damit ist auch oft Mißbrauch getrieben worden. Oft sind die gegenüber den politischen Uebeln von der Opposition als einzelne politische Schlagwörter hervorgehobenen Fragen eher zur Gewinnung der Gunst des politischen Publikums, als zur Erreichung jener objectiven Zwecke benützt worden, welche wir ausschließlich in's Auge fassen; und ich glaube, daß wir, wenn wir angesichts eines solchen Uebels, welches sich auf den gesammten Organismus des Staatslebens erstreckt, nicht mit einzelnen herausgegriffenen sogenannten positiven Ideen vor das politische Publikum treten, damit nur den Ernst und die Aufrichtigkeit unserer Bestrebungen dokumentiren.

Se. Excellenz der Baron Nikolaus Bay sagte, er gebe die Mäßigkeit jener radikalen Reformen zu, welche wir Systemwechsel nennen. Denselben stehe aber Eines im Wege, nämlich, daß jedes Volk Lieblingsideen habe, und daß das ungarische Volk jenen Rahmen nicht ändern wolle, die Reduktion und den Systemwechsel in dem Maße nicht wünsche, wie wir selbe als unabweislich bezeichnet haben.

Wenn dem so wäre, würde mich dieses der Aufgabe nicht entheben, sobald ich wahrnehme, daß ein großer Theil der öffentlichen Meinung der Nation sich im Irrthume befindet, derselben gegenüber meine individuelle Ueberzeugung auszusprechen. (Stürmischer Beifall.) Die Nationen, wenn sie — wie solches oft geschieht — von irrigen Ideen geleitet werden, hätte man nie vermocht, von den Irrwegen auf die richtige Bahn zurückzuleiten, wenn sich nicht Minoritäten gefunden hätten, welche, trogend der Unvolksthümlichkeit und der Verdächtigung, gewagt hätten,

ihrer individuellen Ueberzeugung muthigen Ausdruck zu geben. (Lebhafte Beifall.)

Ich kann jedoch die angeführte Behauptung Sr. Excellenz des Herrn Kronwächters nicht acceptiren, wenn wir unter der Bezeichnung der „Masse des Volkes“, der „Majorität der Nation“, das Nämliche verstehen, was auch wir darunter verstehen müssen, wie es gewöhnlich in solchen Ländern geschieht, in welchen ein reges politisches Leben herrscht und in denen sich ein solcher Zustand entwickelt, daß eine gewisse — wie sage ich doch — politisirende Schichte sich gewissermaßen von jener Masse der productiven Klassen der Nation loslöste, welche sich mit der Politik eingehend nicht beschäftigte. Diese politisirende Schichte hat sich ihre Idee gebildet, ihre Aspirationen, ihre Lieblingsidee, sie hat sich irgend ein Bild der unumgänglich zu erreichenden Zwecke entworfen, welche sie dann die unabwieslichen Postulate des Staatslebens und die Lieblingsideen der Nation genannt hat. Dieses ist zweifellos gegenwärtig in hohem Maße auch bei uns der Fall: die Absonderung der mit Politik eingehend und ausschließlich sich befassenden Klassen aus dem organischen Zusammenhange. Die productiven Klassen des Volkes bilden jene große Majorität, welche sich mit Politik blutwenig beschäftigt.

Ich anerkenne es, daß dieselbe eine Lieblingsidee und zwar eine Lieblingsidee von sehr profaischer Natur hat, welche vielleicht nicht rechtmäßig ihre Lieblingsidee ist, und das ist die Idee, leben zu können. (Stürmischer Beifall.) Dieses hohe Haus, welches die unlösbare Solidarität der Interessen mit jeder Schichte des Volkes verbindet, ist nach meiner Meinung manchmal berufen, sein mächtiges Veto in die Waagschale zu werfen, wenn es sieht, daß eine solche Richtung eingeschlagen wird, welche die früher erwähnte Idee des wahrhaften Kerns des Volkes politischen Privatpressionen aufopfert. (Beifall.) Ja, daß jener Kern des Volkes, von dem ich gesprochen, dessen Ursache, Existenzbedingungen vor Augen zu halten, unsere gesetzgeberische Pflicht ist, opferwillig gegen das Vaterland ist, so oft es sich davon überzeugte, daß in der That das Interesse des Vaterlandes von ihm Opfer verlangt; aber hier ist, hohes Haus, die Anwendung eines deutschen Sprichwortes am Plage: „Was der Verstand der Verständigen nicht sieht, ahnet in Einfalt ein kindlich Gemüth“; dieser Kern des Volkes kann sich in seinem geraden, gesunden Instincte nicht vorstellen, daß das, was seine Existenzbedingungen angreift, ein dem Vaterlande gebrachtes Opfer sei; diesen Kern des Volkes ist nicht im Stande, die Aufrechthaltung seiner eigenen Existenzbedingungen von der Idee der Aufrechthaltung des Vaterlandes zu trennen, und hierin bin ich entschieden gezwungen, diesem gesunden Triebe recht zu geben, solchen Aspirationen gegenüber, welche erkünstelten idealistischen Zwecken vor den einfachen Bedingungen der Existenz den Vorzug geben.

Diese *contradictio in adjecto*, in welche die Finanzpolitik der Regierung thatsächlich verfällt, daß nämlich auf Kosten der wirtschaftlichen Existenzbedingungen des Volkes die Interessen des Landes gefördert werden können, die Finanzlage des Staates gebessert werden kann: dies bildet meiner Ansicht nach den Graben, in welchen unsere politischen Astronomen gestürzt sind, während sie ihre den irdischen Dingen entzogenen Blicke im Glanze der Sterne schweifen ließen.

Nach all' dem, g. Haus, kurz die Conclusion meines Vortrages schließend, sehe ich ein, daß die Finanzpolitik der hochg. Regierung, welche ihren Ausdruck im gegenwärtigen Budget findet, das Ziel einst erreichen werde, welches sie sich gesteckt, wenn sich die Bilanzirung des 1876er Budgets in dem Maße zeigt, wie sie das Präliminare in Aussicht stellt; zweitens sehe ich, daß sie nicht nur keinen Schritt zur Heilung unserer finanziellen Zustände bilden, sondern eher die Uebel steigern wird. Und auf Grund dessen könnte ich meine Folgerung machen und meinen Vortrag schließen. Ich erlaube mir jedoch, die Aufmerksamkeit des h. Hauses noch auf einen speziellen Punkt zu lenken. Es wird uns nämlich der Vorwurf gemacht, daß wir, indem wir

nicht durch eine sofortige Steuererhöhung die Lücke ausfüllen wollen, welche sich in den Uebergangsjahren zwischen den Einnahmen und Ausgaben zeigen wird, darauf hingewiesen sein werden, behufs Ausfüllung dieser Lücke den Staatscredit in höherem Maße in Anspruch zu nehmen, mit einem Worte, die Politik des Schuldenmachens auch ferner fortzusetzen.

Wenn wir in dieser Hinsicht eine Parallele zwischen jenen Eventualitäten ziehen, welchen die Regierung gegenübersteht, wenn sie den von uns empfohlenen Weg betritt, und zwischen jenen Eventualitäten, welche eintreffen werden, wenn sie auf ihrem eigenen Wege fortschreitet: so taucht die Frage auf, ob die Regierung überhaupt glaubt, daß die Inanspruchnahme des Credits vermieden werden könne? Ich glaube: Nein. Ich kenne nicht die ziffermäßige Höhe jener Vorräthe, welche zur Deckung des ungefähr 11 Millionen betragenden Defizits bestimmt sind; aber so viel wage ich zu behaupten, daß diese Vorräthe nicht so groß sind, um zur Bedeckung des faktisch eintretenden Defizits, jenes Defizits, welches sich unserer Ansicht nach ergeben wird, wenn die Einnahmen hinter dem Präliminare zurückbleiben, nicht genügen. Die Regierung wird daher genöthigt sein, die Differenz, welche zwischen dem präliminirten und dem factischen Defizit eintreten wird, aus dem gegenwärtig aufgenommenen 40, respective 80-Millionenanlehen zu decken. Was bedeutet dies, auf unsere Creditverhältnisse angewendet? Es bedeutet, daß dies die Fortsetzung jenes Zustandes ist — und dies hat unsern Credit am meisten erschüttert — daß die für gewisse Zwecke aufgenommenen Anlehen nicht für diese, sondern für andere Zwecke verwendet wurden, und diesen verkehrten Modus der Verwendung des Credits wird die Regierung, wenn sie auf dem bisherigen Wege fortschreitet, in den nächsten Jahren noch in größerem Maße anzuwenden gezwungen sein.

Es ist nun die Frage, ob bei Beurtheilung der Verwendung des Credits nur das maßgebend sei, in welchem Maße derselbe verwendet wurde, oder ob nicht eher die Constanz der Verwendung dessen, ob die Verwendung zweckmäßig war und ob sie in den vorher bestimmten Grenzen geblieben ist.

Ich kann daher den Vorwurf, als ob ein in den Uebergangsjahren vielleicht gesteigertes, aber im vorhinein zugestanderener und im bestimmten Maße angewendeter Credit schädlicher wäre, als ein durch die Ereignisse erzwungenes, vorher nicht zu bestimmendes Schuldenmachen, auf welches die Regierung auch bei ihren Plänen angewiesen sein wird, nicht als begründet zugeben. Da ich nun nach all' dem in der gegenwärtigen Budgetvorlage nicht nur nicht die ersten Schritte auf dem richtigen Wege zur Lösung der großen finanzpolitischen Zwecke erkenne, sondern auch das unmittelbare Ziel gefährdet sehe, für das Jahr 1876 eine richtige Manipulation zu sichern: so schließe ich mich dem Antrage des Grafen Johann Waldstein an und nehme das Staatsbudget, wie es in der gegenwärtigen Gestalt vor uns liegt, als Basis zur Spezialberathung nicht an. (Lebhafte Beifall rechts.)

#### Meteorologische Beobachtungen vom 22. Dezember.

Zeit	Barometerstand bei 0° in Millim.	Temperatur nach Celsius	Lufttemperatur in Millimet.	Lufttemperatur in Centigrad.	Windrichtung und Stärke (Windgeschwindigkeit in Stunden)	Wetter mit Angabe der Zeit (Wetter in Stunden)	Wetter mit Angabe der Zeit (Wetter in Stunden)
7 U. M.	754.04	+ 2.6	4.8	8.5	SW 1	☉ 9	☉ 9
2 „ M.	753.08	+ 2.8	4.7	8.4	SW 1	☉ 9	☉ 9
9 „ M.	753.09	+ 1.1	4.7	9.4	SW 1	☉ 10	☉ 10

Umschlag: während der Nacht 10, während des Tages 0.  
Niederschlag am 21. 1.0 Mm.

#### Angekommene in Preßburg am 22. Dezember.

Grüner Baum. H. Grünwald, Bantler, Wien.  
Marek, Reisender, Wien. Emerl, Kaufm., Wien. v. Rod, Adv., Wien.  
Hotel National. H. St. Nagy, Advocat, Galamba. J. Fraunhiller, Sägmühlbes., Hellenstein. D. Weiß, Kaufmann, Szegedabod. Grivan, Buchhalter, Wien. Fr. Rusil, pens. Notär, Kittsee. G. Zimter, Fabrikant, Wien.

Kotter Doh. H. v. Krassonits und Bierner, Gutsbes., Schilt. Lödt, Advocat, Sommerein. E. Schöber, Beamter, Polics. J. Löwenbein, Kaufmann, Wien.

#### Wiener Börse vom 22. Dezember.

	Geld	Waare
öproc. Papier-Rente	69.40	69.50
detto in Silber	73.65	73.85
ungarische Grundentl. Oblig.	79.25	79.50
Siebenbürgische	79.25	79.75
Weinzebeln Ablösungs-Oblig. 100 fl.	74.50	75. —
1864er Staatsloose 100 fl.	133. —	133.50
1860er ganze	111.70	111.90
1860er Hälfte	117.75	118.25
Credit 100 fl.	167.25	167.75
4proc. Dampfschiff 100 „	94.50	95. —
Öfner 40 „	28. —	—
Graf Salu 40 „	38.50	39. —
„ Balfu 40 „	26.50	27. —
„ Clav 40 „	28.25	28.75
„ St. Genois 40 „	29.50	30. —
„ Waldstein 20 „	22.50	23. —
„ Reglewich 10 „	14. —	14.50
Rudolfsloose 10 „	13.60	14. —
Ungar. Prämien-Anlehen	76.75	77. —
Einkensloose voll eingezahlt	28.25	28.60
Nationalbank	921	922
Creditanstalt öst. zu 160 fl.	204.20	204.40
Credit a. u. z. 200 fl. 80proc.	188. —	188.25
Anglo-Austrian 500 fl. Silber	93.25	93.50
Anglo-Hungarian 200 fl. Silb. 40proc.	34.25	34.75
Franco-Austrian	—	—
„ Hungarian	30. —	32. —
Nordbahn 1000 fl.	1792	1797
Staatsbahn	301.50	302. —
Jemberg-Tzernowitz Jassu	138.25	138.75
Ung. Nordbahn	118.50	119. —
Ung. Südbahn	39. —	39.50
Siebenbürger Bahn	114.50	115. —
Ungar. Eisenbahnanlehen	101.50	102. —
Rand-Ducaten	37	38
Deft.-ung. 8 fl.-Goldst.	9.12	9.13
Preuß. Ehalerscheine	1.68	1.69
20-Francstüd	9.12	9.13
Silber	106.25	106.35

#### Bei der Wiener Weltausstellung 1873 mit dem Anerkennungs-Diplom ausgezeichnet.

Das erste und größte photographische Atelier von **E. KOZICS**.

nach den neuesten Verbesserungen neubaut, empfiehlt sich zur Aufnahme von Porträts von der Visitenkartenform bis zur Lebensgröße, Chromo-photographien, Photographien auf Eisenblech, Cabinet-Porträts, Photographien auf weißer Seide, Vergrößerungen in allen Dimensionen, Landschaften, Photographien aus Malerleinwand, mit Farben ausgeführt, gemalte Damenbilder mit Photographien, Briefmappen, Cigarrentaschen etc.  
Promenade Nr. 2, nächst dem Hotel zum „grünen Baum.“

#### Kataster-táblák

magyar-német vagy tót-német nyelven most is mint több év óta új kiadásban **Angermayer Károly**

(ez előtt Schreiber Alajos) könyvnyomdájában **Venturuteza 107 sz. Pozsonyban** nagyban és kicsinyben, a legjutányosb áron kaphatók.

#### Katastertabellen

in ungarisch-deutscher oder slavisch-deutscher Sprache sind wie seit vielen Jahren auch jetzt in neuer Auflage in **Carl Angermayer's Buchdruckerei**

(vormals Alois Schreiber) **Venturgasse Nr. 107 in Preßburg**, im Großen und Kleinen billigt zu beziehen.

Ebendasselbst sind auch die neuen vor-schriftsmäßigen

#### Besitzveränderungs-Tabellen

zu bekommen.